

Palästina 2017 - 50 Jahre Besatzung in Palästina

Demonstration, Hamburg, 3. Juni 2017

Ich grüße alle palästinensischen und deutschen Freundinnen und Freunde zu einem Gedenktag, den niemand von uns haben wollte. Ein Gedenktag an einen Krieg, der ja nicht Vergangenheit ist, sondern bis heute andauert, und kein Ende ist in Sicht.

Vor zwei Tagen schrieb Gideon Levy, dieser mutige Journalist und scharfe Kritiker der israelischen Politik, der sich in Israel nur noch unter Polizeischutz bewegen kann, in der Zeitung Haaretz: „Fünfzig Jahre, fünfzig Lügen. Es begann mit der Frage, wie man die Westbank und Gaza überhaupt bezeichnen sollte. Und das israelische Radio entschied sich für den Begriff ‚zeitweise gehaltenes Territorium‘. Das war die Lüge Nr. 1.“ Und sie wird zur Dauerlüge, wenn sie jetzt als „Autonomiegebiete“ auch in deutschen Medien und der deutschen Politik bezeichnet werden. Ob A-, B-, oder C-Gebiete – das sind nur Begriffe unterschiedlicher Formen der Abhängigkeit. Sie sollen nur die totale Unterwerfung unter die Besatzungsgewalt verschleiern. Da ist keine Spur wirklicher Autonomie. Die Minister der palästinensischen Behörden können nur die Entscheidungen und Weisungen aus Jerusalem entgegennehmen, wie Angestellte in einem Trump-Unternehmen.

Israel aber hat nie daran gedacht, sich aus diesen Gebieten wieder zurückzuziehen. Und das ist wohl die größte Lüge, die Israel für die sogenannten Friedensverhandlungen brauchte. Bei den Israelis ging es nie um Frieden, sondern nur um die Anerkennung und Festigung ihrer Eroberungen. Und mit dieser Lüge konnten sie ein gigantisches Lügengebäude errichten, mit Konferenzen von Madrid über Oslo, Camp Davis, Taba bis Annapolis. Denn alle Regierungen klatschten Beifall und richteten sich in diesem Lügengebäude ein mit Heerscharen von Diplomaten und Gesandten, mit Gesprächsrunden, Landkarten und Abschlusserklärungen – alles leeres Zeug, dem man die Erfolglosigkeit schon von weitem ansehen konnte.

Und wir – ich meine vor allem die Medien und politischen Parteien von links bis rechts – haben uns seit 50 Jahren selbst belogen. Alle ahnte die Wahrheit, wollten sie aber nicht wissen, denn sie wurden alle mit unserer grauenhaften Vergangenheit von Krieg und Völkermord nicht fertig. Aber irgendwann muss diese Flucht vor der Wahrheit beendet werden. 50 Jahre Lügen sind genug. Jetzt ist der Zeitpunkt, sich davon zu verabschieden – nicht von der Verantwortung für diese Vergangenheit, sondern von den Lügen, die uns die Sicht auf unsere wirkliche Verantwortung versperren.

Denn es folgen weitere Lügen, die wir nur zu gerne akzeptieren: dass die Besetzung gerechtfertigt sei, dass Israel keine andere Wahl hatte, dass sie seinen Sicherheitsinteressen diene, eine notwenige Maßnahme der Verteidigung gegen feindliche Nachbarn, die Israel vernichten wollen. Auch das ist alles Lüge - aber selbst, wenn es so wäre: Die jahrzehntelange völkerrechtswidrige und menschenverachtende Besetzung ist gerade der Grund für die Feindschaft der arabischen Nachbarn. Die Besetzung zweier so schmaler Landstreifen und die Annexion einer Stadt geben überhaupt keine militärische Sicherheit – das ist weder eine Illusion noch ein Irrtum, das ist eine Lüge.

Und weiter behaupten die israelischen Regierungen, es gäbe rechtmäßige und rechtswidrige Siedlungen – auch das ist falsch, denn die Genfer Konventionen verbieten

den Siedlungsbau und die Ansiedlung der eigenen Bevölkerung der Besatzungsmacht. Es gibt nur rechtswidrige Siedlungen. Israels Politiker lehnen die Befolgung der Genfer Konventionen ab, die sie selbst unterschrieben haben, behaupten aber, sich an das Völkerrecht zu halten. Was macht man mit derartigen Kriminellen in einem Rechtsstaat? Man bringt sie vor Gericht, verurteilt sie und dann ab ins Gefängnis. In Palästina aber wird weiter Land geraubt, werden Siedlungen gebaut – die Welt findet das nicht schön und schaut zu. Denn Israel ist nach wie vor ein wichtiger, atomwaffengerüsteter Vorposten westlicher Interessen im Mittleren Osten.

Und nicht genug der Lügen. Wir haben uns so an sie gewöhnt, dass wir sie gar nicht mehr merken. Fast täglich hören wir, dass Israel die einzige Demokratie im Mittleren Osten sei. Eine Demokratie leugnet nicht die Grund- und Menschenrechte von Millionen Menschen, enteignet nicht ihr Land und plündert nicht ihre Ressourcen, zerstört nicht ihre Häuser und raubt ihnen nicht ihre Zukunft. Sie mag über ein Parlament und eine Justiz verfügen, die aber nur für einen Teil, den jüdischen Teil der Bevölkerung da sind. Wenn eine Demokratie damit leben kann, dass sie ein Gebiet beherrscht, wo demokratische und humane Werte nicht gelten und an ihre Stelle Unterdrückung und Diskriminierung getreten sind, hat sie die Berechtigung verloren, Demokratie genannt zu werden.

Wer dies nicht wahrhaben will, muss sich von unseren Vorstellungen von Demokratie verabschieden, darf weder über Erdogan schimpfen noch Putins russische Demokratie kritisieren. Demokratie und Rechtsstaat für die einen, Gewalt und Rechtlosigkeit für die anderen? Gegen diese Form von Apartheid haben wir schon in Südafrika gekämpft und können es auch in Palästina nicht dulden. Und genauso wie wir mit dem Boykott seinerzeit geholfen haben, das Apartheidsystem zu beseitigen, können wir jetzt mit unserem Boykott helfen, die Siedlergesellschaft aus den besetzten Gebieten zu vertreiben.

Besatzung und Krieg haben nicht nur das Leben und die Zukunft des palästinensischen Volkes zerstört, sondern auch die israelische Politik und Gesellschaft demoralisiert und korrumptiert. Das Militär hat bei ihrer Jugend die Erziehung übernommen, so wie die israelischen Gefängnisse die palästinensische Jugend prägen. Die Besatzung hat Palästina zu einer menschenrechtlichen Wüste verkommen lassen, in der alle Pflanzen menschlicher Freiheit verdorren.

Der Knesset-Abgeordnete Bezalel Smotrich von der Partei „Das jüdische Heim“ hat für die Zukunft der Palästinenserinnen und Palästinenser folgende Alternativen. Er sagt es gibt drei Möglichkeiten: „Erstens, sich unterzuordnen mit weniger Rechten, zweitens, auszuwandern, oder drittens sich zu wehren. Sollten sie sich für den Widerstand entscheiden, dann weiß Israel, wie man damit umgeht.“ Das ist die unverhohlene Ankündigung von Gewalt und Krieg. Das ist, was die Mehrheit der Regierung denkt, und ich befürchte, auch die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung denkt so. Doch den Palästinenserinnen und Palästinensern bleibt nichts anderes als der Widerstand. Sie haben ihn schon 2005 ausgerufen mit der Bewegung für Boykott, Divestment und Sanctions (BDS) gegen Israel, solange es sich nicht an das Völkerrecht hält und nicht die Besatzung aufgibt. Die Bewegung hat nach über zehn Jahren weltweit Resonanz und Unterstützung erhalten. Sie ist zivil, friedlich, gewaltlos und zeitlich begrenzt mit einem konkreten Ziel. Sie ist legitim, und wir sollten uns nicht von abwegigen und absurdem Nazivergleichen aus der Vergangenheit einschüchtern lassen. Die Bewegung ist nicht

gegen das jüdische Volk, gegen Juden gerichtet, sondern ausschließlich gegen eine kriminelle Politik der israelischen Regierung, solange sie die völkerrechtswidrige Besatzung nicht aufgibt.

Die Bundesregierung hat diese für alle Palästinenserinnen und Palästinenser untragbare Situation über die Jahrzehnte ohne erkennbaren Widerstand begleitet. Sie hat sie manchmal kritisiert, aber niemals wirksame Gegenschritte unternommen. Sie hat die Aufnahme Palästinas als vollwertiges Mitglied in der UNO mit verhindert und sich auf die finanzielle und materielle Unterstützung der Palästinenserinnen und Palästinenser beschränkt. Das hat die Besatzung vielleicht für manchen erträglicher machen können, hat sie aber nicht beendet, hat sie nur verlängert.

Die Bundesregierung wird zwar nicht müde, ihre Verantwortung für Israel zu betonen, ihre Mitglieder besuchen Yad Vashem, sie liefert Waffen und unterstützt Israel bei seinen Bemühungen, die Palästinenser international zu isolieren. Sie hat aber nichts getan, um Israel zur Anerkennung des Völkerrechts und der zahlreichen Resolutionen der UNO zu bewegen. Wo bleibt die Anerkennung ihrer Verantwortung für die Tragödie des palästinensischen Volkes, die zur Kehrseite der israelischen Staatsgründung geworden ist? Erst dann, wenn sich die deutsche Regierung öffentlich und mit Nachdruck für die Beendigung der Besatzung der Westbank und Ost-Jerusalems sowie die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens, das Recht auf Selbstbestimmung und Freizügigkeit für alle Palästinenserinnen und Palästinenser sowie das Rückkehrrecht der Flüchtlinge einsetzt, kann sie ihre vielbeschworene Verantwortung einlösen. Sie muss sich endlich eingestehen, dass die Angriffe palästinensischer Attentäter und die Raketen aus dem Gazastreifen lediglich der Ausdruck der Verzweiflung und Ohnmacht angesichts der Ausweglosigkeit ihrer Situation, der Übermacht einer gnadenlosen Besatzung und der mangelnden internationalen Unterstützung sind. Frieden – auch für Israel! – ist nur mit der Beendigung der Besatzung zu erreichen.

Wir fordern deshalb eine neue deutsche Palästinapolitik. Sie muss ihre Unterstützung für den Landraub der israelischen Siedlungspolitik aufgeben. Sie muss wirksame Maßnahmen gegenüber der israelischen Regierung ergreifen, solange diese Völkerrecht und Menschenrechte mit Füßen tritt. Dazu gehören zum Beispiel die Suspendierung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel und die Einstellung aller Waffenlieferungen.

Das Jahr 2017 mahnt uns: 70 Jahre Enteignung und Verweigerung elementarer Rechte sowie 50 Jahre völkerrechtswidriger Besatzung unter menschenunwürdigen Bedingungen sind genug. Sie müssen beendet werden. Frieden für Palästina heißt auch Frieden für Israel.

Norman Paech
Hamburg, d. 3. Juni 2017